

Geschlechtergewalt - Mythen, Tabus und Ideologie

Oder: Solange es nur ein Mann ist!

Männer, so scheint es, sind wahre Monster: In jedem dritten Haushalt gebe es sexualisierte Gewalt, in jedem siebten Vergewaltigungen! Das behauptete die Bundesfamilienministerin Christine Bergmann im deutschen Bundestag, ohne dass ihr Entrüstung oder gar Gelächter entgegenschlug. Denn der Mann hat sich - nicht nur im Parlament - an die Tatarenmeldungen gewöhnt und geht deswegen in tiefer Demut. Mit der Lebensrealität der betroffenen lauschenden Männer und Frauen hatte die Rede der Bundesministerin nichts zu tun. Das indessen reicht längst nicht, um Zweifel aufkommen zu lassen. Jeder dritte Mann ein mindestens gelegentlicher Gewalttäter? "Warum nicht?" schienen die Abgeordneten antworten zu wollen, indem sie Frau Bergmanns Gewaltlyrik klaglos schluckten. Ein bemerkenswertes Phänomen. Nicht einmal Bedenken wurden geäußert: Frau Ministerin wird schon wissen, wovon sie spricht.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter, der einmal dem (frauendominierten) Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend angehörte und damit auch seiner entsprechenden Fraktionsarbeitsgruppe, gibt im persönlichen Gespräch zu erkennen, dass die Äusserung von Bedenken gegen den feministischen Mainstream zumindest in diesem Gremium höchst unerwünscht sind: "Bestenfalls wirst Du einfach ignoriert." Der deutsche Kanzler selbst bezeichnete das dazugehörige Ministerium 'mal das für "Familie und Gedöns". Man muss eine sehr exponierte Position im sozialdemokratischen Bundesgefüge haben, um solch despektierliche Äusserungen machen zu können, ohne karrierehemmende Sanktionen fürchten zu müssen. Denn die Frauen stellen eine Macht dar in der deutschen sozialdemokratischen Partei.

Eine vorherrschende Attitüde der Frauenbewegung ist heute autoritär und antidemokratisch. Dies rührt aus der Zeit, da sich die Frauen in Vertretung berechtigter Anliegen mit Vehemenz gegen ein System etablierter Männerherrschaft wandten. In dieser Situation - als unterdrückte Hälfte der Gesellschaft - wännen sich die Frauen bis heute. Die Erfolge der Bewegung werden einerseits selbstbewusst gefeiert. Andererseits ist den bewegten Frauen klar geworden, wie nützlich der Status als allgemein anerkannte Gruppe von Unterdrückten ist. In dieser Selbstwahrnehmung haben die Frauen jene Macht, die sie missbrauchen könnten, noch immer nicht. Dem Erfordernis des Minderheitenschutzes meinen die Feministinnen sich nicht stellen zu müssen, weil sie sich ja selbst als unterdrückte "Minderheit" verstehen. Sie interpretieren ihr eigenes Handeln als Selbstverteidigung unter quasi-archaischen Verhältnissen - und erwarten gleichwohl wie selbstverständlich jede Unterstützung seitens des aufgeklärten Teils der Männerwelt. Der Konsens über geschlechtliche Gleichbehandlung und Gleichberechtigung besteht längst weit über die Frauenbewegung hinaus. Dies gleichermassen zu nutzen wie auch es zu leugnen, das zeichnet einen fundamentalistischen Feminismus der Gegenwart aus und ist die Grundlage eines Erfolgs, dem entgegen seinen eigenen Verklärungen längst niemand mehr im Wege steht.

In dieser Kultur gelten Männer mehr denn je als Täter. Frauen sind entsprechend die Opfer, Kinder ebenso. Dass Kindesmisshandlung überwiegend von Frauen verübt wird, wird entweder nicht zur Kenntnis genommen oder - als "höchstwahrscheinlich" nicht sexualisierte Bagatel-Gewalt - relativiert. Im übrigen sei das doch klar, weil die Mütter ja viel mehr Zeit mit den Kindern verbringen als die karriere- und joborientierten Männer. Plötzlich und schlaglichtartig ist Gewalt - für einen ganz kurzen Augenblick - entschuldbar.

Die ganze Debatte strotzt nur so von Vorurteilen. Was als Bestandteil autoritären Denkens angeprangert wird, wenn es gegenüber Farbigen, Behinderten, Arbeitslosen, religiösen Minderheiten, Homosexuellen in Erscheinung tritt, ist dann legitim, wenn es sich gegen

Männer richtet. Regelmässige Medienereignisse über vergewaltigte Mädchen sowie voll besetzte Frauenhäuser scheinen zu bestätigen, was inzwischen zum Grundtheorem einer fundamental-feministischen Politik geworden ist, die in Deutschland heute auch Regierungspolitik ist. Männer sollen sich wegen ihres Geschlechts gefälligst schämen. Die oben genannten Bundestagsabgeordneten sind längst so weit. Kritische Fragen zu stellen, gilt hier als gleichbedeutend mit der Auflösung der Front für den Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt. Männer brauchen nicht geschützt zu werden, sie kommen ebenso ausschliesslich als Täter in Frage, wie Frauen und Kinder als Opfer. Männerhäuser gibt es schliesslich nicht.

Indessen wären sie möglicherweise notwendig. Wenn man einer Vielzahl ausländischer Studien - etwa aus den USA, Kanada, Neuseeland oder Dänemark - Glauben schenken darf, gibt es die eindeutig männliche Rollenzuweisung des Gewalttäters nicht. Männliche Gewalt hat ein eindeutiges Stigma, weil sie häufiger als weibliche Gewalt als "sexualisiert" gilt - auch in Zeiten, da die Mode des Penisabschneidens durch Frauen um sich greift. Die feministische Theorie über die sogenannte "häusliche Gewalt" jedoch zieht daraus offenbar den Schluss, dass männliche Gewalt grundsätzlich "sexualisiert" ist, und dass nur sexualisierte Gewalt wirkliche Gewalt ist. Die logische Folge: Gewalt ist männlich. Und zwar ausschliesslich!

Vor allem aus Amerika gibt es spätestens seit Anfang der achtziger Jahre Belege für das Gegenteil. Dort ermittelte eine Studie Gewalt gegen den Partner in sage und schreibe 54 Prozent der lesbischen Beziehungen, aber nur in 11 Prozent der heterosexuellen Partnerschaften. Stimmen, die darauf hinweisen, sind in Deutschland auch heute noch Rufer in der Wüste. Die Wahrscheinlichkeit ist gross, dass man wegen solcher Hinweise einfach ausgelacht wird: Gewalt gegen Frauen ist eine Tragödie; Gewalt durch Frauen und gegen Männer dagegen ist Millowitsch-Theater.

"Wider die Nudelholzwitze" nannte der Kriminologe Michael Bock von der Universität Mainz folgerichtig einen Beitrag, der am 17. Februar 2001 in der FAZ erschien. "Es sind Frauen und Männer, die so reagieren. Männer in vermeintlicher Ritterlichkeit oft noch eifriger und eifernder", schreibt Bock über die Reaktionen, sobald jemand auf Frauengewalt verweist. Den meisten ist weder die eine noch die andere Variante der Geschlechtergewalt persönlich vertraut, die wenigsten, für die dies ein Thema ist, kennen gewalttätige Beziehungen aus persönlicher Erfahrung. Die eifernde Selbstgewissheit beruht auf Gesellschaftsbildern, auf Ideologie im klassischen Sinn. In einem Interview der Marbacher Zeitung vom 7. April 2001 stellt der Wissenschaftler fest, dass entgegen den politisch nützlichen Beteuerungen der beiden Ministerinnen für Justiz und Familienpolitik "nur wenige Frauen und Männer tatsächlich in relevantem Umfang Opfer häuslicher Gewalt werden." Allerdings haben die meisten Männer "diese der Realität überhaupt nicht entsprechende Normalitätsvorstellung genau wie die Frauen voll verinnerlicht." Teil dieser Normalitätsvorstellung sei der Gedanke, dass ein männliches Opfer die Tat "verdient" habe, diese also gewissermassen eine Form der Verteidigung und damit legitim sei. Täter und Opfer, Ursache und Wirkung sind damit erfolgreich auf den Kopf gestellt und stellen keine Hindernisse mehr dar für ein dezidiert männerfeindliches "Weiter-so".

Die "Desinformation der Öffentlichkeit durch die entsprechenden Funktionsträger in den Ministerien" (Bock) ist durchaus nützlich: "Es gibt Status, Geld und Stellen zu verteilen im Kampf gegen die häusliche Gewalt." Ob in diesem Kampf um Pfründe tatsächlich bewusst gelogen wird, mag freilich bezweifelt werden. Wahrscheinlicher handelt es sich hierbei um ein "notwendig falsches Bewusstsein", bei dem die eigenen, höchst materiellen Interessen leicht mit denen der Allgemeinheit in eins gesetzt werden.

Bock zitiert Studien, die längst belegen, dass Männer im gleichen Masse Opfer häuslicher Gewalt sind wie Frauen. Der Unterschied freilich: "Männer haben das Nachsehen, wenn sie

als Opfer weiblicher Gewalt an die Öffentlichkeit gehen: Sie riskieren ihr Gesicht, ihre Selbstachtung zu verlieren, falls man ihnen überhaupt glaubt. Frauen gewinnen hingegen: Aufmerksamkeit, materielle und emotionale Unterstützung, bessere Chancen in allen familienrechtlichen Auseinandersetzungen. Ernsthafte Probleme, irgendwen von ihrem Opferstatus zu überzeugen, haben sie nicht."

So kann die deutsche Justizministerin ohne grosse Gegenrede auch aus dem bürgerlichen Lager ein "Gesetz zur Verbesserung des zivilrechtlichen Schutzes bei Gewalttaten und Nachstellungen sowie zur Erleichterung der Überlassung der Ehewohnung bei Trennung" in einer Pressemitteilung ihres Hauses vom 16. März 2000 vorstellen - unter der Überschrift: "Frauen und Kinder werden besser vor Gewalt geschützt - der Schläger muss gehen, die Geschlagene bleibt."

Die politisch korrekte Etikette gebietet es heute jedoch auch im deutschen Bundestag, die männliche Form in öffentlichen Dokumenten nicht mehr einfach generalisierend zu verwenden. Eine Errungenschaft der Frauenbewegung! Gerade die Frauen der rot-grünen Koalitionsfraktionen haben sich in der Vergangenheit stets mit Beschwerden geäußert, in denen diese unzulässige Generalisierung in den letzten Jahren dennoch geschah. Doch offenbar haben feministische Prinzipien nur dann Geltung, wenn sie in der Praxis nicht zum Nachteil von Frauen geraten. "Bürgerinnen und Bürger", "Kolleginnen und Kollegen", "Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer" - das gehört sich so und wird, wenn nötig, eingeklagt. Die Konsequenz, dann auch von "Täterinnen und Tätern" zu sprechen, bringen die Frauen nicht auf - und kein Mann im hohen Haus merkt etwas!

Selbst wenn häusliche Gewalt tatsächlich überwiegend von Männern ausginge, müsste ein Gesetz zum Schutz vor Gewalttaten so formuliert sein, dass auch Gewalttäterinnen davon eindeutig angesprochen werden. Tatsächlich ist in dem vorliegenden Entwurf ausschliesslich von "Tätern" die Rede. Aufgrund der im Bundestag inzwischen als verbindlich geltenden Sprachregelung kann man dies nur als einen Verstoss gegen Artikel 3 des Grundgesetzes werten. Die Chuzpe, mit der dieser begangen wird, mag immerhin Bewunderung abnötigen.

Dass der Inhalt des angesprochenen Gesetzes zum Schutz der geschlagenen Frauen vor den prügelnden Männern obendrein die Unschuldsvermutung bis zum Beweis des Gegenteils ausser Kraft setzt, lässt den Verstoss gegen die selbstgesetzten Sprachregelungen allerdings als Petitesse erscheinen. Denn hier kommt eine neue Art des Standrechts zum Tragen. Lediglich der CDU-Abgeordnete Ronald Pofalla wagte in der ersten Lesung des Gesetzes im Bundestag dezent anzudeuten, dass in familienrechtlichen Auseinandersetzungen häufig gelogen wird, dass sich die Balken biegen. Phasenweise wurde in den 90er Jahren in 40 Prozent der gerichtlichen Sorgerechtsverfahren der Vorwurf des sexuellen Missbrauchs erhoben - in nur wenigen Fällen erwies er sich als berechtigt, in fast allen Fällen war er für die Frauen, die ihn gegen die Väter erhoben, nützlich. Gerade in einem Teil dieses Rechtsbereiches die Unschuldsvermutung jetzt teilweise ausser Kraft zu setzen, ist mehr als bedenklich. Bei der Güterabwägung wurde mindestens ein Kind mit dem Bad ausgeschüttet. Ein grundlegendes Prinzip zivilisierter Rechtsauffassung wird zur Disposition gestellt.

Die SPD-Abgeordnete Margot von Renesse ficht dies nicht an. Die frühere Familienrichterin, Berichterstatterin ihrer Fraktion zu diesem Gesetz, äusserte im deutschen Bundestag in einer Intervention die Auffassung, um des Schutzes der Frauen und Kinder willen müsse man in Kauf nehmen, dass es schon mal einen Unschuldigen trifft. Man mag hinzufügen: solange es nur ein Mann ist!

Dem Einwand, dass Lügen und Diffamierungen in familien- und sorgerechtlichen Verhandlungen an der Tagesordnung sind, wollte Frau Renesse so nicht zustimmen: "Wir sind uns zunächst einmal darin einig, dass in diesen Fällen mit hoch emotionalisierten

Auseinandersetzungen - ich will nicht sagen: gelogen wird - Wahrnehmungsverzerrungen auf beiden Seiten stattfinden. (...) Auf der anderen Seite hoffe ich, dass wir uns auch darin einig sind, dass die Gefahr grösser ist, wenn jemand weiter geprügelt wird, und sie nicht so gross ist, wenn jemand ohne Kinder kurzfristig vor einer Türe steht, durch die er bei Richtigstellung aller Vorwürfe wieder gehen kann."

Wer Erfahrungen mit solchen Auseinandersetzungen hat, mag die scheinbare Blauäugigkeit der erfahrenen Abgeordneten, die seit elf Jahren im Bundestag sitzt, kaum glauben. Aber selbstverständlich weiss sie als Familienrichterin, dass es illusorisch ist, dass der betroffene Mann nach Erweis seiner Unschuld - mir nichts dir nichts - wieder in seine Wohnung einzieht, womöglich mit einem fröhlichen "Hallo Schatz!" auf den Lippen. Ob es ihm überhaupt gelingt, seine Unschuld zu beweisen, ist bereits fraglich. Bernd Herbot, der 1996 mit dem Buch "Bis zur letzten Instanz" an die Öffentlichkeit trat und ein acht Jahre langes Martyrium schildert, nachdem ihn seine Exfrau des sexuellen Missbrauchs an der gemeinsamen Tochter bezichtigte, bis es ihm endlich gelang, seine Unschuld zu beweisen, kann ein Lied davon singen. Und mit ihm wahrscheinlich Tausende von Männern, denen es ähnlich ergangen ist.

Diese Art von Gewalt wird von den engagierten Frauen- und Kinderschützerinnen nie zitiert. Für sie ist die Geschichte eine Aneinanderreihung männlichen Versagens, von Kaiser Nero über Hitler und Stalin bis zu den Ayatollahs. Lasst erst mal die Frauen ran, dann wird es Unmenschlichkeit, Kriege und Intoleranz nicht mehr geben! So als hätte nicht Margaret Thatcher den Falkland-Krieg geführt oder Hilde Benjamin in der DDR selbst Minderjährige wegen politischer Abweichung hinrichten lassen.

Frauen, so will uns der Feminismus weismachen, sind die besseren Menschen. Hunderttausende von Vätern, denen sorgeberechtigte Mütter den Umgang mit ihren eigenen Kindern verweigern - gegen geltendes Recht, aber ohne Konsequenzen - sind inzwischen anderer Meinung. Diese Männer können es auch nur als eine besondere Perfidie ansehen, wenn dieselbe Familienministerin, die ihnen noch soeben attestiert hat, dass jeder dritte von ihnen ein Gewalttäter ist, "mehr Platz für Väter" fordert. Wie kann sie das eigentlich verantworten? Müssten diese Kampfhunde in Menschengestalt nicht recht eigentlich in Käfigen gehalten werden? Wie kommt Frau Bergmann dazu, eine so gefährliche Spezies wie Männer nun plötzlich auf kleine Kinder loslassen zu wollen?

Falsche Beschuldigungen, ein Denunziantentum der übelsten Art, gezielte Entfremdung der Kinder gegenüber ihren Vätern, materielle Ausbeutung mit Hilfe eines Unterhaltsrechts, das Prämien aussetzt auf die Zerstörung von Familien - das ist die trostlose Bilanz, die die Selbsthilfe- und Beratungsorganisationen der Väter heute ziehen. "Väter sind heute die Ärsche der Nation," sagt einer unverblümt, der seine beiden Kinder seit über zehn Jahren nicht mehr gesehen hat - gleichwohl aber Unterhalt für sie zahlen muss.

Beim Unterhalt stehen die Väter gleich am nächsten Pranger. Als Unterhaltsflüchtige werden oft genug auch die beschimpft, die selbst nicht mehr zahlen können, weil ihnen gerade noch das Existenzminimum bleibt. Auf 70 Prozent schätzt Eckhart Pick, Staatssekretär im Bundesjustizministerium, den Anteil derer an den Unterhaltsschuldnern. Dass die Neigung, sich "klein zu rechnen", wo das möglich ist, vor allem bei den Vätern wächst, die ihre Kinder nicht mal sehen dürfen, sollte überdies niemanden wundern. Um all diese Missstände weiss ein Staat, der geschiedene Väter flugs wieder in der höchsten Steuerklasse verbucht, um sie anschliessend mit anklagendem Zeigefinger zu fragen, warum sie sich so verantwortungslos und knauserig gegenüber ihren Kindern und Familien verhalten. So als könne man eine Kuh auf halbe Ration setzen, und dann die doppelte Menge Milch von ihr zu erwarten! Man möchte es als staatliche Wegelagererei bezeichnen: Dem armen Tropf, der jetzt zwei Haushalte finanzieren soll, wird das Geld gekürzt, die Steuer erhöht, und anschliessend wird er auch noch als verantwortungsloses Scheusal präsentiert. Dass einem geschiedenen

Familienvater in aller Regel gerade noch ein Selbstbehalt in Höhe von ca. 800 Euro bleibt, wissen vielleicht nur die wenigsten, die empört nach Luft schnappen, wenn wieder einmal Männer wegen des tatsächlichen oder angeblichen Elends der Alleinerziehenden auf der Anklagebank sitzen.

Viel wäre schon erreicht, wenn Väter grundsätzlich - ob verheiratet oder nicht - nach der Trennung ein gleichberechtigtes Sorgerecht für ihre Kinder hätten. Die Novelle des Kindschaftsrechts von 1998 wollte darauf hinaus - und scheiterte kläglich an der mangelnden Bereitschaft der Mütter, die sich allen Erkenntnissen der Wichtigkeit der Väter für die Entwicklung des Nachwuchses allzu oft versperren. Es waren (natürlich!) amerikanische Studien, die belegten, dass sorgeberechtigte Väter mehr für ihre Kinder tun. Viele Männer wären bereit, sich für ihre Kleinen ein Bein auszureissen. Aber vielleicht bereitet es gerade deshalb vielen Frauen so ein diebisches Vergnügen, sie in den Augen und Köpfen ihrer Kinder langsam sterben zu lassen.

Das gilt den frauenbewegten Ministerinnen Bergmann und Däubler-Gmelin nicht als Gewalt! Aber wenn die Männer nur halb so gewalttätig wären, wie diese beiden Damen gerne behaupten, dann würden sehr viele von ihnen auf diese Erniedrigungen wohl anders reagieren.